

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung vom 23. Januar 1. Ab.

(Eigen-Bericht der „Saale-Zeitung“.)

Die erste Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz wird fortgesetzt.

Vgl. Wintzer (Cf.): Der vorliegende Vertrag wird für die Schweiz nur für wenige Vorteile, dagegen erhebliche verhängnisvolle Nachteile bringen. Insbesondere wird die einseitige Spinnereieinfuhr eine starke Verdrängung erfahren. Sie bedarf aber in heutiger Zeit umhonor eines wenigstens möglichen Schutzes, als sie sich jetzt nach dem Verlust eines großen Absatzfeldes in den wichtigsten Verhältnissen befindet. Diesem Schutze man diesen Schutz, so wird die einseitige Spinnereieinfuhr in um so höherem Grade gefährdet, als Zugeständnisse an die Schweiz und die Zugeständnisse an England bedeuten, wodurch die an und für sich schon bedeutende Konkurrenz dieses Landes noch vermehrt wird. Dazu kommt, dass die Schweiz geringere Zölle zahlt. Man nimmt durch den Vertrag eine Verdrängung der einheimischen Industrie, die nicht neue Absatzgebiete gewinnt, sondern die alten verliert, man befördert dadurch nicht eine Mehrzahl von Waren, sondern von Menschen, die einander beneiden werden. Meine politischen Freunde werden gegen den Vertrag stimmen.

Unterhändler Herr v. Schramm erklärt, wenn die einseitige Zertifikatsfrage nicht benachteiligt werden könnte, so müsste man doch das Eingetretene hinnehmen. Die einseitige Zertifikatsfrage ist aber keinesfalls zum Zuge, von 1800 Weichlingen im Jahre 1877 ist die Summe der Weichlinge im Jahre 1891 auf 32,000 gestiegen, die der Schweiz von 1,000,000 auf 1,223,000. Wenn man jetzt gerade die einseitige Konkurrenz von der geltendmachung auf Garne nicht besonders getroffen, da dieselbe von der Fabrikation von Feinwaren zu der von größeren Garnen mehr und mehr übergegangen ist, dieses Faktum aber von der Zollverwaltung nicht betroffen wird, (Herr Herr) Integ. Es handelt sich nicht um die Erhaltung einer Industrie, sondern um die Erhaltung der Bevölkerung. Die Frage, ob nur ein niedriger Zoll die Spinnereieinfuhr reduziert, beweist die Schweiz, deren Export sich gesteigert hat trotz des geringen Zolles von 7 Proc., während der Export Frankreichs in Spinnereieinfuhr sich trotz hoher Schutzzölle nicht vermehrt hat.

Vgl. Graf von Helldorf (Cf.): Ich werde mit einem Teil meiner Freunde für den Vertrag stimmen. Die Frage, ob nur zu dem System der Handelsverträge übergehen sollen, ist entscheidend; da ist es wünschenswert, auch mit der Schweiz zu einem Vertragsverhältnis zu kommen. Eine vorläufige generelle Erklärung anderer Art, analog der von der Schweiz vorgeschlagenen, wäre bei uns nicht möglich, weil die einseitige Konkurrenz der Schweiz im Jahre 1879 von einem gewissen politischen Standpunkt aus, im Interesse unserer Industrie hat sie damals nicht gelegen. Freilich dürfen wir uns nicht etwa in das freiehandliche Lager übergeben. Aber darüber haben wir die geltenden Bestimmungen des Staatsvertrages Herrn v. Marquardt vollkommen überlassen. Wenn die Grundzüge, die er präpariert, immer möglichen bleiben werden, so hat es für die Zukunft keine Gefahr.

Vgl. Schöpsel (Cf.): Die Schweiz, die auf ihre republikanischen Einrichtungen so stolz sein konnte, ist namentlich durch die heutige Stellung der letzten Jahrzehnte allmählich aus ihrer liberalen Freiheit heraus gedrängt worden. Sie ist immer mehr geächtet und mußte aus Nothwehr auch ins schützende Lager übergehen. Die Schutzvollmacht ist eine Selbstverleugung geworden; das Schweizerische Volk hat den Generalrat beiseite, um Angelegenheiten erlangen zu können. Wenn wir bei den Handelsverträgen mit der Schweiz nicht aufpassen, so ist es also bedauerlich, unsere eigenen Schutzvollmachten wieder ein und führt aus, daß das Starett zwischen Agrarern und Industriellen nur ein Abwägen sämtlicher Güte auf die Arbeiter zur Folge habe. Der Vorstoß des Abg. v. Bennigsen, sei eine Einleitung in den Kampf einzusetzen, lassen in einem Augenblicke, wo die Arbeit im Allgemeinen immer mehr unerschwinglich sein, wo die Arbeiter keine Verbesserungen erreichen könnten, sei ein Fehler gegen die Arbeiterklasse. Er hoffe, daß die Beträge allmählich dazu führen würden, daß die ganze Schutzvollmacht befristet werde.

Vgl. Herr v. Bismarck (Cf.): Die Frage des Vorredners war eine falsche, wenn er die Schutzvolle eine Benachteiligung der Arbeiter nennt, während die Schutzvollmacht doch wesentlich den Arbeitern nützlich gekommen ist. Die Gegner des Schutzes der Landwirtschaft thun so, als ob die Handelsverträge eine Erleichterung der Getreidepreise zur Folge haben, während die Landwirtschaft den Gegnern entgegenzusetzen hat. Die früheren Verträge der Landwirtschaftlichen Bedenken hat, erhöht bei diesem Verträge die Industrie Bedenken. Aber eben so wird die Landwirtschaft, wird auch hier die Industrie Opfer bringen müssen. Wenn Herr v. Bennigsen eine Verbindung aller Interessen in Anregung brachte, so dürfte das doch sehr schwer sein für den Handel der Arbeiter, der Arbeiter und die Schutz der Landwirtschaft wünschenswert. Vgl. Dr. Wegner (Cf.): Ich auch nicht. Nicht bloß die Liberalen werden vertheidigen die idealen Güter der Nation, sondern auch wir alle sind ebenso immer für ihre Erhaltung entschieden eingetreten, und um diese muß entschieden zu vertheidigen, werden sich alle fortschrittlichen Elemente, zu aller erst die Liberalen und die Sozialdemokraten reihe zusammenschließen müssen. (Beifall im Centrum.)

Vgl. Dr. Petri (Deutsch-Cf.) erklärt sich gegen den Vertrag, der große Industrieerfolge erheblich schädliche, ohne daß ihnen dafür entsprechende Vorteile gewährt wurden. Bei dem einseitigen Handelsverträge kommen auch keine politischen Gesichtspunkte in Betracht, wie bei dem österreichischen und italienischen, sondern lediglich geschäftliche Rücksichten. Die einseitige Spinnereieinfuhr braucht unbedingt einen Schutz, um sich der Schweiz und England gegenüber behaupten zu können. Der Vertrag mit der Schweiz würde unsere Spinnereieinfuhr vollkommen ruinieren.

Vgl. Dr. Bamberger (frei): tritt einzelnen Bestimmungen der Vorrede entgegen. Graf Helldorf habe Unrecht, wenn er den Untertrag Napoleons III. auf den Freibund zurückführe. Die Schweiz habe nur sehr unbedeutend und durch den Vortrag des Reichstages nur sehr unbedeutend zur Schutzvollmacht bezeugt. Die einseitige Konkurrenz der Schweiz für die Arbeiter aller Vorkriegs erkaufe er mit dem Abg. v. Bennigsen an, aber deshalb könne keine Partei noch nicht dem Wunsch Bennigsen's sich anschließen und sich bei dem gegenwärtigen politischen Status beruhigen. Das Heile der Lage ist die Erhaltung der einseitigen Zertifikatsfrage. Die Verwaltung der einseitigen Zertifikatsfrage und man müsse das Heile einer jeden richtigen Zertifikatsfrage sein. Die Spaltung der liberalen Parteien sei doch auch nicht durch die Zollpolitik hervorgerufen, sondern weil die Bestimmungen empfinden müßten, daß die von den Nationalliberalen unterstützte Politik des freien Handels ihre Spitze gegen den Protektionismus richten müßte. Andere Beziehungen zu den Nationalliberalen seien um so mehr getrieben, als man die Nationalliberalen verstand, daß man nicht im Stande fünfjähriger Legislaturperioden habe. Wenn Herr v. Bennigsen wüßte, daß wir den Kampf nur so führen als es rein sachlich notwendig ist, und wenn er glaube, daß denn ein Zusammengehen der liberalen Parteien zur Bekämpfung der gemeinsamen idealen Güter möglich werde, so könne Redner namens seiner Partei dieses Versprechen geben. (Beifall.)

Vgl. Herr v. Bennigsen (Cf.) erklärt sich für den Handelsvertrag. Im Hinblick auf die geltenden Bestimmungen des Abg. v. Bennigsen erklärt Redner, daß das liberale Bürgerthum,

welches sich in der Mehrheit befindet, seine Stellung in der Politische geschäftlich habe. Es wäre jetzt Sache der national-liberalen Partei, die Abrede der Nation, die doch die Stellung des Nationalliberalen nicht durch den Vertrag beeinträchtigen wird, in der Regierung in den Vorklagen zu vertreten, welche auf die Stärkung dieser Autorität gerichtet seien.

Vgl. Herr v. Müntz (Cf.) hält die Gegenpositionen der Schweiz für geringfügig und verweist namentlich eine genügende Berücksichtigung der Landwirtschaft. Redner verlangt deshalb neue Vertragsbedingungen, um günstige Bedingungen zu erlangen, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch bei der Schweiz eine gewisse Zustimmung erzeugt werden könne. Die politische Neutralität der Schweiz wäge nicht die großen wirtschaftlichen Nachteile auf.

Vgl. Redner (Cf.) erklärt zu denjenigen Einzelheiten zu gehören, welche einen abgesehen Standpunkt einnehmen. Die einseitige Zertifikatsfrage ist durch den Vertrag befristet, und erst heute ist ihm der Brief eines Nationalliberalen zugekommen, der diese Stimmung Ausdruck gebe. Es ist schade, daß so viele liberale Nationalliberalen im Reichstage abgesehen genommen haben, denn sonst wäre die Sache leichter zu erledigen. Wenn sich nach dem Wunsch des Abg. v. Bennigsen das liberale Bürgerthum vereinigen sollte, so würde dies das liberale Bürgerthum nicht veranlassen, die Rolle des Vorkriegs zu spielen, der betrifft die freie Fortschrittmacht. Der Vorstoß aller allerdings haben wir einen Nationalliberalen Gedanke geändert werden, daß dadurch eine Verdrängung der gesamten Bevölkerung eingetreten sei. Deutschland habe dagegen den Zoll für eine Reihe von Artikeln ermäßigt, für welche die Schweiz die höheren Zölle beibehalten habe. Als jetzt habe er geglaubt, daß der Nationalliberalen bei Sachverhalten liege, nun sehe er, daß er nicht möglich ist, die Schweiz zu verlassen.

Vgl. Redner (Cf.) erklärt zu denjenigen Einzelheiten zu gehören, welche einen abgesehen Standpunkt einnehmen. Die einseitige Zertifikatsfrage ist durch den Vertrag befristet, und erst heute ist ihm der Brief eines Nationalliberalen zugekommen, der diese Stimmung Ausdruck gebe. Es ist schade, daß so viele liberale Nationalliberalen im Reichstage abgesehen genommen haben, denn sonst wäre die Sache leichter zu erledigen. Wenn sich nach dem Wunsch des Abg. v. Bennigsen das liberale Bürgerthum vereinigen sollte, so würde dies das liberale Bürgerthum nicht veranlassen, die Rolle des Vorkriegs zu spielen, der betrifft die freie Fortschrittmacht. Der Vorstoß aller allerdings haben wir einen Nationalliberalen Gedanke geändert werden, daß dadurch eine Verdrängung der gesamten Bevölkerung eingetreten sei. Deutschland habe dagegen den Zoll für eine Reihe von Artikeln ermäßigt, für welche die Schweiz die höheren Zölle beibehalten habe. Als jetzt habe er geglaubt, daß der Nationalliberalen bei Sachverhalten liege, nun sehe er, daß er nicht möglich ist, die Schweiz zu verlassen.

Vgl. Redner (Cf.) erklärt zu denjenigen Einzelheiten zu gehören, welche einen abgesehen Standpunkt einnehmen. Die einseitige Zertifikatsfrage ist durch den Vertrag befristet, und erst heute ist ihm der Brief eines Nationalliberalen zugekommen, der diese Stimmung Ausdruck gebe. Es ist schade, daß so viele liberale Nationalliberalen im Reichstage abgesehen genommen haben, denn sonst wäre die Sache leichter zu erledigen. Wenn sich nach dem Wunsch des Abg. v. Bennigsen das liberale Bürgerthum vereinigen sollte, so würde dies das liberale Bürgerthum nicht veranlassen, die Rolle des Vorkriegs zu spielen, der betrifft die freie Fortschrittmacht. Der Vorstoß aller allerdings haben wir einen Nationalliberalen Gedanke geändert werden, daß dadurch eine Verdrängung der gesamten Bevölkerung eingetreten sei. Deutschland habe dagegen den Zoll für eine Reihe von Artikeln ermäßigt, für welche die Schweiz die höheren Zölle beibehalten habe. Als jetzt habe er geglaubt, daß der Nationalliberalen bei Sachverhalten liege, nun sehe er, daß er nicht möglich ist, die Schweiz zu verlassen.

Vgl. Dr. Petri (Deutsch-Cf.) erklärt sich gegen den Vertrag, der große Industrieerfolge erheblich schädliche, ohne daß ihnen dafür entsprechende Vorteile gewährt wurden. Bei dem einseitigen Handelsverträge kommen auch keine politischen Gesichtspunkte in Betracht, wie bei dem österreichischen und italienischen, sondern lediglich geschäftliche Rücksichten. Die einseitige Spinnereieinfuhr braucht unbedingt einen Schutz, um sich der Schweiz und England gegenüber behaupten zu können. Der Vertrag mit der Schweiz würde unsere Spinnereieinfuhr vollkommen ruinieren.

Vgl. Dr. Bamberger (frei): tritt einzelnen Bestimmungen der Vorrede entgegen. Graf Helldorf habe Unrecht, wenn er den Untertrag Napoleons III. auf den Freibund zurückführe. Die Schweiz habe nur sehr unbedeutend und durch den Vortrag des Reichstages nur sehr unbedeutend zur Schutzvollmacht bezeugt. Die einseitige Konkurrenz der Schweiz für die Arbeiter aller Vorkriegs erkaufe er mit dem Abg. v. Bennigsen an, aber deshalb könne keine Partei noch nicht dem Wunsch Bennigsen's sich anschließen und sich bei dem gegenwärtigen politischen Status beruhigen. Das Heile der Lage ist die Erhaltung der einseitigen Zertifikatsfrage. Die Verwaltung der einseitigen Zertifikatsfrage und man müsse das Heile einer jeden richtigen Zertifikatsfrage sein. Die Spaltung der liberalen Parteien sei doch auch nicht durch die Zollpolitik hervorgerufen, sondern weil die Bestimmungen empfinden müßten, daß die von den Nationalliberalen unterstützte Politik des freien Handels ihre Spitze gegen den Protektionismus richten müßte. Andere Beziehungen zu den Nationalliberalen seien um so mehr getrieben, als man die Nationalliberalen verstand, daß man nicht im Stande fünfjähriger Legislaturperioden habe. Wenn Herr v. Bennigsen wüßte, daß wir den Kampf nur so führen als es rein sachlich notwendig ist, und wenn er glaube, daß denn ein Zusammengehen der liberalen Parteien zur Bekämpfung der gemeinsamen idealen Güter möglich werde, so könne Redner namens seiner Partei dieses Versprechen geben. (Beifall.)

Vgl. Herr v. Bennigsen (Cf.) erklärt sich für den Handelsvertrag. Im Hinblick auf die geltenden Bestimmungen des Abg. v. Bennigsen erklärt Redner, daß das liberale Bürgerthum,

fermatische Industrie in Chicago durch eine Kollektiv-Ausstellung am würdigen vertreten sein. Die Ausstellung in Chicago wird die Ausstellung mit einer Musterausstellung aus dem Bereiche der englischen Bergbau-Industrie geplant, welche typische Musterstücke sämtlicher Erzeugnisse des genannten Industriezweiges, sowie Gestein und Erprobung enthalten soll, welche die verschiedenen Stadien der Bergbau-Industrie in möglichst lehrreicher Weise veranschaulichen. Das Board of Science in South Kensington wird die wissenschaftliche Anordnung der Sammlung übernehmen. Man rechnet nicht so sehr auf besonders kostbare und seltene Stücke als vielmehr auf Proben von Erzen in rohem und geputztem Zustande, von Schlacken, Legierungen u. dgl. m., daß die Sammlung, wenn fälliger, einen erheblichen Lehrwert über den derzeitigen Stand der metallurgischen Industrie Großbritanniens darbieten würde. Nach Schluß der Ausstellung soll die Sammlung einem amerikanischen Museum als Geschenk überwiehen werden.

Letzte Woche wurde entschieden, daß in den Hauptstädten der Ausstellung keine weiteren Expositionen stattfinden dürfen. Sogenannte Salons mit Zirkeln werden jedoch nicht gestattet werden. Damit ist wohl zugleich angedeutet worden, daß die Ausstellung auch an Sonntagen geöffnet sein wird.

Handels- und Verkehrs-Nachrichten

Berliner Börse, 22. Jan. (Wochenbericht der Saale-Z.) In sehr wahrnehmbarer Weise stellt es sich heraus, dass unsere Fondsbörse die Folgen der vorjährigen Effektenkrise noch nicht überwunden hat. Krankheitserscheinungen und Schwäche im schroffen Gegensatz zu der Lage des Geldmarktes, der an Flüssigkeit so sehr zugenommen hat, dass der Privatdiskont bis auf 1 1/2 Proc. herabgehen musste und unsere Depositenbanken sich gezwungen sahen, den Zinssatz für Einlagen auf 2 Proc. und darunter herabzusetzen. Einzelne Institute halten sich streng an die von dem Reichsbankrat geforderten Bestimmungen, mit der Emission fest verziehlich, für fundierter Papiere vorzugehen, so die Deutsche Hypothekbank in Meiningen, welche die Ausgabe von 15 Mill. M. neuer 4proz. Pfandbriefe vorbereitet hat. Es ist indes zweifelhaft, ob angesichts des Fehlens aller Aufnahmestellen selbst solche Operationen den vorangesetzten Erfolg haben werden. Die vorliegenden Seiten angestellte Behauptung, dass der preussische Staat oder das Deutsche Reich binnen kurzem, wahrscheinlich schon im nächsten Monat, mit grösseren Anforderungen an den Markt treten werde, veranlasst einwischen eine reservierte Haltung gegenüber anderweitig gestellten Ansprüchen. Der allgemeine Kuraufwand hat nur geringe Verschiebungen erfahren, bemerkenswerth ist es indessen, dass trotz der vorwiegend festen Tendenz die Kurse sich in zahlreichen Fällen nur mühsam auf der vorwöchentlichen Höhe halten können; nur der Mangel an Antriebe zu Verkäufen, bezw. das fehlende Geldüberfluss dürfte in erster Linie als Stützpunkt des Preisstandes der weniger gängigen Papiere zu bezeichnen sein. Ungünstig wirkende Momente treten in nun geringere Zahl auf. Als anregender Faktor stand in erster Linie die wieder aufgetauchte Frage der österreichischen Valutaregulierung, welche besonders in Wien eine günstige Stimmung für Bankaktien hervorgerufen hat, obgleich die Angelegenheit noch nicht einmal in das erste, erst in nächster Woche zu entscheiden. Studien über die Bedeutung der Höhe der für das Vorjahr zu erwartenden Dividenden unserer grösseren Geldinstitute wirken nebenher zu Gunsten der Bankaktien, die bei ruhigem Geschäft im ganzen eine leichte Preisverbesserung zu verzeichnen haben. Ausgenommen hiervon sind nicht einmal die Aktien der Darmstädter Bank, obgleich dieselben unter dem Druck der portugiesischen Finanzverhältnisse zeitweilig angeboten wurden. Selbstredend lagen die portugiesischen Anleihen mit bei nachlassenden Kursen. Die russischen Anleihen sind auch zurückgegangen, aber bei weitem weniger, als sich im Hinblick auf die in Russland herrschenden Nothstand erwarten liess. Die vomischen 4proz. Anleihen bekamen eine neue Haltung, dagegen verriethen die 3proz. Anleihen, welche der Vermehrung, wie bereits erwähnt, nahe bevorstehen soll. Der Rückgang der Getreidepreise sowie die angeblich in Aussicht stehende theilweise Anhebung des russischen Getreide-Ausfuerverbotes riefen einige Nachfrage für Ostpreussische Südbahn- und Marienburger Eisenbahn-Aktien hervor. Auf dem Eisenbahn-Aktien-Markte kamen im übrigen nur Lombarden und Gotthardbahn zu grösserer Geltung, erstere gingen zurück, weil die österreichische Regierung ihre Verstaatlichungsabsichten bezüglich der österreichischen Südbahn völlig aufgegeben hat; letztere waren rückläufig, weil der Betriebsausweis der Gotthardbahn den Dezember für den letzten Monat des Jahres 1891 den Montanaktienmarkt wurde durch den zur Veröffentlichung gelangten Quartalabschluss der Laurahütte, welcher eine Bruttoertragsnahme von 800,000 M., aber eine Gewinnabnahme von 370,000 M. in Vergleich zum Vorjahre aufweist, förmlich beeinflusst, da man ein minder befriedigendes Ergebnis befeuerte. Die Witterungsverhältnisse sind in den letzten Tagen günstig, dieselben erzielen zumeist Kurssteigerungen anlässlich der Fortdauer des strengen Frostwetters. Für die Aktien der Eisenwerke bestand eine weniger freundliche Stimmung, weil der Absatz an fertigen Fabrikaten derart schwierig geworden ist, dass einzelne wessentliche Werke sich bereits zur Einleitung von Frierlichkeiten entschlossen mussten. Von den übrigen Industriepapieren kamen nur wenige zur Geltung. Es sollten:

Table with 2 columns: Date (18. Jan., 19. Jan., 20. Jan., 21. Jan., 22. Jan.) and various market indicators (e.g., 84.50, 84.50, 84.50, 84.50, 84.50).

Zur Weltausstellung in Chicago.

Der Generaldirektor der Weltausstellung in Chicago, Davis, hat von dem Reichere der französischen Abtheilung für schöne Künste, Antiquitäten und Kunstgewerbe, ertheilt, worin er gebeten wird, 82,000 Quadratfuß Bankfläche im Reichsgebäude zur Verfügung zu stellen. England und Deutschland haben je 20,000 Quadratfuß verlangt und zugesprochen erhalten, Belgien 8,000 Quadratfuß, Holland und Dänemark je 2,000 und Japan 2,000 Quadratfuß. Der Baumeister des Reichsgebäudes hat sich bereit erklärt, 20,000 Quadratfuß Boden und eine englische Meile Bankfläche erhalten wird, so daß es allen Anforderungen genügen würde. Die Section der deutschen Südbahn-Verkehrs für Eisen- und Spinnereieinfuhr wird sich in corpore an der Weltausstellung nicht beteiligen. Jedoch hat die Section ihre Ansicht dahin ausgesprochen, dass der Reichsbankrat nicht entschlossen ist, die eine oder der andere Reichere, der an seiner Vertretung ein besonderes Interesse zu haben glaubt, eine Ausnahme made. Die Section hat dabei a. a. die deutsche Repräsentation mit ihren Interessen miteingewilligen Leistungen oder ein etwaige Innebe der Konventionen gedacht und für den Fall, daß durch die Vertretung gewährt werden sollte, die eigene zur Verfügung gestellt. Der Verband feramatischer Gewerke in Deutschland hatte sich zuerst gegen eine Beteiligung der Weltausstellung ausgesprochen. Die Anträge haben sich jedoch wesentlich geändert, und da überdies die Weltausstellung der feramatischen Industrie des Auslandes, namentlich Frankreichs, England und Österreichs, die zur Ausstellung eingeladen ist, fordert nunmehr der Verband des genannten Verbandes alle feramatischen Industriellen zur Beteiligung der Weltausstellung auf. Nach der Ansicht des Vorstandes würde sogar die deutsche

